Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4678**

17. Wahlperiode 08. 02. 2011

Antrag

der Abgeordneten Ute Vogt, Dr. Matthias Miersch, Dirk Becker, Marco Bülow, Gerd Bollmann, Sebastian Edathy, Petra Ernstberger, Michael Gerdes, Iris Gleicke, Oliver Kaczmarek, Ulrich Kelber, Dr. Bärbel Kofler, Ute Kumpf, Kirstin Lühmann, Thomas Oppermann, Frank Schwabe, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Gorleben – Echter Dialog statt Enteignung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 14. Februar 2011 nimmt der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Dr. Norbert Röttgen auf Einladung des Kreistages Lüchow-Dannenberg an einer öffentlichen Kreistagsitzung teil.

Damit versucht Bundesminister Dr. Norbert Röttgen bereits zum zweiten Mal, mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den politisch Verantwortlichen in der Region im Wendland ins Gespräch zu kommen. Dieses Angebot zu einem vermeintlichen Dialog um das Endlager Gorleben erfolgt damit erst, nachdem die Fakten vor Ort nun bereits geschaffen sind. Die im Juli 2010 ausgesprochene Einladung von örtlichen Bürgerinitiativen zum Dialog nahm Bundesminister Dr. Norbert Röttgen nicht an. Statt dessen beantragte die Bundesregierung die Verlängerung des Rahmenbetriebsplans für die Erkundung aus dem Jahr 1983. Überdies sind die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert und per Gesetz Enteignungen der Anlieger ermöglicht worden, um die weitere Erkundung des Salzstockes auch unterhalb von privatem Besitz ohne entsprechende Zustimmung der Eigentümer fortführen zu können. Auch die Erkundung des geplanten Endlagers Gorleben nach dem Bergrecht, anstatt nach dem Atomrecht, das eine rechtlich verbindliche Bürgerbeteiligung vorschreibt, zeigt, dass Bundesminister Dr. Norbert Röttgen in Wahrheit keine Bürgerbeteiligung wünscht. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort betrachteten daher zu Recht das sogenannte Dialogangebot eher als Inszenierung denn als ernstgemeintes, ergebnisoffenes Gespräch.

Dabei wäre ein echter offener Dialog zwischen dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Mitgliedern der Bürgerinitiativen sowie den politisch Verantwortlichen vor Ort zu begrüßen. Allerdings gilt auch in diesem Fall: Die richtige Reihenfolge der politischen Abläufe ist entscheidend. Denn ein „Dialog“ ist und bleibt Makulatur, wenn vorher die politischen Entscheidungen zur Enteignung und Erkundung gefallen sind und wenn das Ergebnis vorher feststeht.

Deshalb ist Dr. Norbert Röttgens Offerte eine Mogelpackung. Dieser Pseudo-Dialog ist maximal eine Öffentlichkeitskampagne zur Vermittlung der aktuellen Atompolitik seitens der Bundesregierung.

II. Zur Vorbereitung eines echten Dialoges fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen zu treffen:

– Rücknahme der Möglichkeit zur Enteignung der von der Ausweitung der Erkundung betroffenen Bürgerinnen und Bürger;

– Erlass eines sofortigen Erkundungsstopps. Vor einer weiteren Erkundung des Salzstockes müssen erst die Ergebnisse des ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu Gorleben abgewartet werden. Alles andere wäre eine Missachtung der berechtigten Belange der örtlichen Bevölkerung.

Berlin, den 8. Februar 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333